

Resolution der Delegiertenversammlung

In der Delegiertenversammlung der IG Metall Bruchsal am 01.12.2005 haben sich die Delegierten mit den Rahmenbedingungen und der Ausgangslage für die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2006 beschäftigt.

Nach einer ausführlichen Diskussion kamen die Teilnehmenden zu folgendem Ergebnis:

1. Es muss eine spürbare Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen geben.
 - Hierbei ist darauf zu achten, dass sich die Tarifforderung weiterhin aus den Bestandteilen Entwicklung der Verbraucherpreise, Produktivitätssteigerung und Umverteilungskomponente zusammensetzt.
Die Mitglieder der Delegiertenversammlung halten ein Forderungsvolumen in der Bandbreite zwischen 4,5% und 5% für notwendig, um eine Sicherung der Realeinkommen und eine faire Beteiligung der Beschäftigten an die gestiegene Produktivität zu erreichen.
Wir haben keinerlei Veranlassung, von der bewährten gesamtwirtschaftlichen Formel für Entgelterhöhungen abzuweichen.
 - Dazu gehört auch, dass Entgelterhöhungen in die Struktur einfließen. Sie dürfen nicht als Einmalzahlungen verpuffen!
 - Staatliches Handeln kann nicht durch die Tarifpolitik ausgeglichen werden.
2. Um die Tarifrunde nicht zu belasten, **muss der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen in seiner bisherigen Form sofort wieder in Kraft gesetzt werden.**
3. Neben der Entgeltentwicklung muss es auch um qualitative Bausteine für die Zukunft gehen. Diese Bausteine müssen unter anderem die folgenden Inhalte umfassen:
 - **die Rücknahme der Kündigung des Tarifvertrages zur Fortführung von Bestimmungen des LRTV II (Nordwürttemberg/Nordbaden)**
 - Übertragung der qualitativen Elemente zu Leistungsbedingungen (Taktgestaltung, Bandbesetzung, Austaktung bei Fließband- und Taktarbeit, Regelungen bei Gruppenentgelt usw.) aus dem LRTV II auch auf die Tarifgebiete Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern.

Die konkreten Forderungen und die Handlungsfähigkeit zur Tarifrunde müssen deshalb in den nächsten Tagen und Wochen intensiv in den Betrieben diskutiert werden.

Bei der nächsten Delegiertenversammlung am 17. Januar 2006 wird die Bruchsaler Forderung beschlossen.